

Wählerschaft der Parteien



Bericht von Karl Brenke und Alexander S. Kritikos

Wählerstruktur im Wandel

595

Interview mit Alexander Kritikos

»Die Wählerstrukturen der beiden Volksparteien
nähern sich einander an«

607

Am aktuellen Rand Kommentar von Tomaso Duso und Hannes Ullrich

EU-Kartellstrafe: Was bedeutet der Fall Google?

608



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang
19. Juli 2017



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

Herausgeberinnen und Herausgeber

- Prof. Dr. Tomaso Duso
- Dr. Ferdinand Fichtner
- Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
- Prof. Dr. Peter Haan
- Prof. Dr. Claudia Kemfert
- Prof. Dr. Lukas Menkhoff
- Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
- Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
- Prof. Dr. Jürgen Schupp
- Prof. Dr. C. Katharina Spieß
- Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

- Dr. Gritje Hartmann
- Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

- Renate Bogdanovic
- Dr. Franziska Bremus
- Prof. Dr. Christian Dreger
- Sebastian Kollmann
- Markus Reiniger
- Mathilde Richter
- Miranda Siegel
- Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

- Prof. Dr. Martin Kroh

Vertrieb

- DIW Berlin Leserservice
- Postfach 74
- 77649 Offenburg
- leserservice@diw.de
- Tel. (01806) 14 00 50 25
- 20 Cent pro Anruf
- ISSN 0012-1304
- ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

- Edenspiekermann

Satz

- eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

- USE gGmbH, Berlin
- Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Serviceabteilung Kommunikation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

” Trotz verstärkter internationaler Zusammenarbeit Wachstumseinbußen zu erwarten

Die neuen Beweise einer Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der Industrieländer und der Hilfsbereitschaft überregionaler Institutionen bei der Überwindung außenwirtschaftlicher Schwierigkeiten einzelner Mitgliedsländer werden positiv auf die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen und damit auch auf Beschäftigung, Produktion und Einkommen in der westlichen Welt wirken. Dennoch bleiben viele Wünsche offen; und es werden im Zusammenhang mit den Konsolidierungsbestrebungen der Defizitländer – vor allem der USA – Wachstumsverluste hingenommen werden müssen.

aus dem Wochenbericht Nr. 29 vom 18. Juli 1967

Wählerstruktur im Wandel

Von Karl Brenke und Alexander S. Kritikos

Die ehemaligen „West-Parteien“ Union und SPD, aber auch FDP und Bündnis90/Die Grünen rekrutieren ihre Wählerschaft auch heute noch eher in den alten Bundesländern. Die Linke und die AfD haben im Osten eine stärkere Basis. In den Großstädten wird eher „links“ gewählt, also SPD, Linke und Grüne. Die Wählerschaft der „alten“ Parteien (Union, SPD und FDP) ist überdurchschnittlich alt. Frauen neigen eher zu den Grünen, Männer mehr zur Linken, zur FDP und insbesondere zur AfD.

Bei der SPD hat sich die Wählerstruktur stark von der Arbeiterschaft hin zu Angestellten und zu Personen im Ruhestand verschoben. Nicht zuletzt deshalb haben sich die Wählerstrukturen von SPD und CDU/CSU aneinander angeglichen. Die Wählerschaft der AfD weist dagegen einen hohen Anteil in der Arbeiterschaft auf, sowie an Beschäftigten mit eher einfachen Tätigkeiten.

Die Präferenz für eine Partei variiert auch mit der Höhe des Einkommens. Das Medianeinkommen der FDP-Wählerschaft liegt weit oberhalb des gesamten Medianeinkommens, gefolgt von der der Grünen und der der CDU/CSU. Das der SPD-Wählerschaft befindet sich in etwa beim Median. Dahinter rangieren AfD und Linkspartei. Das Schlusslicht bilden jene, die nicht zur Wahl gehen wollen. Diese Gruppe hat auch am wenigsten am Einkommenswachstum der letzten 15 Jahre partizipiert. Entsprechend sind die Wählerschaft der Linken und der AfD sowie die Nichtwählerschaft unzufriedener mit ihrer materiellen Situation als die anderer Parteien; überdies zeigen sie sich besonders besorgt im Hinblick auf gesamtgesellschaftliche Themen. Persönlich fühlen sich die meisten materiell gerecht behandelt, ein großer Teil empfindet aber die Gesellschaft als ungerecht.

Die regelmäßigen und detaillierten Wahlanalysen der Meinungsforschungsinstitute enthalten nur begrenzte Informationen über die sozioökonomische Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien. Häufig beschränken diese sich auf Alter, Geschlecht und Bildungsgrad. Zum Teil auf Basis theoretisch fundierter Zusammenhänge¹ steht eine Vielzahl politologischer Untersuchungen seit den ersten Wahlstudien der 1950er Jahre; sie geben einen tiefergehenden Einblick in die Sozialstruktur der Wählerschaft.² Von besonderem Interesse ist für die Forschung, wie sich die Wählerschaft neuer Parteien oder von Parteizusammenschlüssen³ zusammensetzt und inwieweit sich diese mit den jeweiligen Parteien auch identifizierten. Das war bei den Grünen⁴, den Linken⁵ und jüngst bei der AfD der Fall. Gerade letztere hat bereits einige „Häutungsprozesse“ hinter sich, so dass sich das Gefüge ihrer potentiellen Wählerschaft in kurzer Zeit verändert haben dürfte. Entsprechend scheint es zu deren Verortung widersprüchliche Befunde zu geben.⁶

1 Zu den theoretischen Grundlagen des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wählerschaft siehe u. a. Franz Urban Pappi (1977): Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik. Köln. Vgl. auch Ulrich Kohler (2002): Der demokratische Klassenkampf, zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz. Frankfurt (Main).

2 Zu älteren Untersuchungen vgl. z. B. Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann (1965): Zur Soziologie der Wahl. Berlin. Zu neueren wissenschaftlichen Studien siehe u. a. Wilhelm P. Bürklin und Markus Klein (1998): Wahlen und Wählerverhalten. Berlin. Dieter Roth (2008): Empirische Wahlforschung. Berlin. Franz Urban Pappi und Susumu Shikano (2007): Wahl- und Wählerforschung. Jürgen W. Falter und Harald Schön (2014): Handbuch Wahlforschung. Berlin. Siehe zuletzt auch: Elmar Brähler, Johannes Kiess und Oliver Decker (2016): Politische Einstellungen und Parteipräferenz: Die Wähler/innen, Unentschiedene und Nichtwähler 2016, in Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Leipzig. Zu früheren Studien des DIW Berlin in diesem Zusammenhang siehe etwa Markus Grabka und Stefan Bach (2013): Parteienanhänger: Wohlhabende neigen zu Union und der FDP und zu den Grünen. DIW Wochenbericht Nr. 37 (online verfügbar).

3 So der Zusammenschluss von WASG und PDS zur Partei „Die Linke“.

4 Siehe Martin Kroh und Jürgen Schupp (2011): Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei. DIW Wochenbericht Nr. 12 (online verfügbar).

5 Martin Kroh und Thomas Siedler (2008): Die Anhänger der „Linken“: Rückhalt quer durch alle Einkommensschichten. DIW Wochenbericht Nr. 41 (online verfügbar).

6 Siehe Martin Kroh und Karoline Fetz (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. DIW Wochenbericht Nr. 34 (online verfügbar), sowie Knut Bergmann, Matthias Diemerer und

Ein Blick auf die Entwicklung in der etwas längeren Frist, etwa ein Vergleich der Ergebnisse der Bundestagswahlen der Jahre 1998 und 2013,⁷ macht deutlich, dass sich die Zustimmungswerte zu den einzelnen Parteien und damit wahrscheinlich auch die Zusammensetzung ihrer Wählerschaften erheblich verändern können.⁸

In der vorliegenden Untersuchung wird anhand von relativ zeitnahen Daten der Frage nachgegangen, wie sich die Struktur der Anhänger- beziehungsweise der Wählerschaft der wichtigsten Parteien – auch im Zeitvergleich – zusammensetzt. Ein großes Gewicht wird dabei auf die Einkommenssituation gelegt. Darüber hinaus wird ein Blick auf Einschätzungen über die persönliche Lage der Befragten geworfen.

Grundlage der Untersuchung sind die Erhebungen der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaft (ALLBUS) mit Daten bis 2016. Zudem wurde auf die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)⁹ des Jahres 2015 zurückgegriffen (Kasten). Da bei der ALLBUS die „Sonntagsfrage“ gestellt wird, die auch von kurzfristigen Stimmungen geprägt sein kann, somit also die Wahlabsicht erfasst wird, ist im Folgenden von den Wählerinnen und Wählern oder der *Wählerschaft* einer Partei die Rede. Im SOEP wird nach der „Zuneigung“ zu einer Partei gefragt, die auf die längerfristige Parteibindung abstellt. Bei der Verwendung dieser Quelle wird der Begriff *Anhängerschaft* verwendet.

Erhebliche soziale Unterschiede bei der Wahlabsicht für eine Partei

Die Analyse der ALLBUS-Daten offenbart im Hinblick auf die soziostrukturellen Merkmale der Wahlberechtigten nach ihren Wahlabsichten im Jahre 2016 markante Unterschiede (Tabelle 1). Die potentielle Wählerschaft der Unionsparteien, das heißt diejenigen Personen, die der CDU/CSU bei einer Bundestagswahl ihre Stimme

gegeben hätten, war 2016 relativ alt (Durchschnittsalter: 52,8 Jahre) und entsprechend überdurchschnittlich häufig in Rente oder Pension. Sie wohnte etwas häufiger als der Durchschnitt der Wahlberechtigten in kleineren Gemeinden sowie in den alten Bundesländern, setzte sich zu gleichen Anteilen aus Männern und Frauen zusammen und wich beim Bildungsgrad kaum von der gesamten Wählerschaft ab. Unter den Erwerbstätigen waren Selbständige und Beamte in etwas überdurchschnittlichem Maße vertreten, Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Beschäftigte mit einfachen Tätigkeiten und Gewerkschaftsmitglieder etwas weniger.

In der potentiellen SPD-Wählerschaft war das Geschlechterverhältnis ebenfalls ausgeglichen. Das Durchschnittsalter war ebenso hoch wie bei der Union, der Rentneranteil aber noch höher, weil die Altersstruktur bei der SPD stärker gespreizt ist. Auch bei der SPD ist die Wählerschaft in den alten Bundesländern größer, anders als bei der Union deutschlandweit aber eher in den Großstädten angesiedelt. Besonders häufig handelt es sich um Personen mit einem Lehrabschluss und Angestellte sowie Beschäftigte im öffentlichen Dienst, während Arbeiter und Arbeiterinnen bei der SPD unterrepräsentiert sind.¹⁰ Mit Blick auf den Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern unterschied sich die Wählerschaft der SPD des Jahres 2016 nicht vom Durchschnitt der Wahlberechtigten.

Die Wählerschaft der Grünen konzentriert sich besonders stark auf die alten Bundesländer und mehr noch als die der SPD auf die Großstädte generell. Auffallend ist, dass die Grünen die einzige Partei sind, die von weit mehr Frauen als Männern gewählt würden. Das Durchschnittsalter ist mit 48,1 Jahren relativ niedrig. Entsprechend hoch ist der Anteil der Erwerbstätigen, von denen viele in Teilzeit arbeiten, was wohl am hohen Frauenanteil liegt. 40 Prozent der Erwerbstätigen sind im öffentlichen Dienst tätig. Die Grünen weisen auch den höchsten Anteil an Personen mit einem Hochschulabschluss auf. Ihr Anteil an Angestellten ist so hoch wie bei keiner anderen Partei, während der Anteil der Beschäftigten mit einfachen Tätigkeiten besonders niedrig ausfällt.

Die potentielle Wählerschaft der AfD ist durchschnittlich alt, wobei eher Menschen mittleren Alters zur AfD neigen, Männer viel mehr als Frauen, Ostdeutsche mehr als Westdeutsche, und zwar eher in kleineren Gemeinden. Personen mit einem mittleren Abschluss domi-

Judith Niehues (2016): Die AfD – eine Partei der Besserverdiener? IW-Kurzberichte 19.

⁷ Bei den Wahlen im Jahr 1998 erhielt die SPD 38,5 Prozent, die FDP war im Bundestag vertreten, während die noch als PDS firmierende Linke nur vier Prozent erhielt. Im Jahr 2013 lag die SPD bei 25,7 Prozent, die FDP zog erstmals nicht in den Bundestag ein, dafür war aber die Linke vertreten.

⁸ Veränderungen im Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Parteipräferenzen wurden in Deutschland bereits früher diskutiert, etwa von Rainer Schnell und Ulrich Kohler (1995): Empirische Untersuchung einer Individualisierungsthese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953–1992. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 47, 634–657; vgl. auch Walter Müller (1998): Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50, 3–46.

⁹ Zum Sozio-oekonomischen Panel vgl.: Gert G. Wagner et al. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). *ASTA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv*, Nr. 2.

¹⁰ Wenn sich die Befragten bei Bevölkerungsumfragen dem öffentlichen Dienst zurechnen, entspricht diese Einstufung erfahrungsgemäß oft nicht dem, was etwa in amtlichen Klassifikationen dem öffentlichen Dienst zugerechnet wird. Die Befragten haben nicht selten eine breiter angelegte Definition und zählen etwa auch Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung dazu, mitunter wohl manche private Firmen, die in Marktsegmenten (etwa im Sozialbereich) agieren, die sich im Wesentlichen auf öffentliche Aufträge stützen.

Kasten

Datenquellen und Definitionen

Hauptsächlich wurde bei der vorliegenden Untersuchung die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaft (ALLBUS) der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) verwendet. Die Stichprobe enthält etwa 3 500 Fälle. Die ALLBUS-Umfragen werden alle zwei Jahre durchgeführt. Derzeit liegen die Ergebnisse von 2016 vor; Erhebungszeitraum war das Sommerhalbjahr.¹

Im Rahmen der ALLBUS-Erhebungen wird die sogenannte Sonntagsfrage gestellt: Die Befragten werden gebeten, diejenige Partei anzugeben, die sie wählen würden, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre. Erfasst wird dabei auch, ob sie keine Wahlentscheidung getroffen haben und ob sie überhaupt nicht wählen gehen würden. Dabei wird nicht unterstellt, dass die jeweilige Person der entsprechenden Partei bei der kommenden Bundestagswahl tatsächlich ihre Stimme geben würde. Denn mit der Erhebung wird lediglich eine temporäre Wahlabsicht ermittelt, die auch von kurzfristigen Stimmungsschwankungen beeinflusst sein kann. In die Untersuchung einbezogen wurden nur Befragte mit einer Wahlberechtigung, also mit deutscher Staatsbürgerschaft. Die Fallzahlen erlauben lediglich grobe Aufgliederungen, da sie nicht groß sind (Tabelle). Auffallend ist, dass die Zahl derjenigen Personen, die explizit nicht wählen gehen wollen, mit hochgerechnet sieben Prozent recht klein ist. Das könnte auf eine außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung bei der nächsten Bundestagswahl hindeuten. Wahrscheinlicher ist aber wohl, dass auch weitere Personen sich der Stimme enthalten könnten – etwa aus dem Kreis der Unentschlossenen.

Zum anderen wurden die Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), eine jährlichen Haushaltsumfrage mit einer größeren Stichprobe, verwendet.² Aktuell verfügbar sind die Daten der Er-

hebungswelle aus dem Jahr 2015; in jenem Jahr lag der Schwerpunkt der Erhebung in der ersten Jahreshälfte.

Im Rahmen des SOEP wird nicht die Wahlpräferenz zum Zeitpunkt der Umfrage ermittelt. Erhoben wird vielmehr, ob die Befragten „längere Zeit einer bestimmten Partei ... zuneigen“ – und welche Partei das ist.³ Erfasst werden hier eher die Stammwähler- oder die Anhängerschaft, also Personen mit einer mehr oder minder ausgeprägten Parteibindung. Es zeigte sich, dass mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten (Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft) keine Parteibindung hat. Die daher mit Blick auf die Anhängerschaft mancher Parteien nicht großen Fallzahlen schränken ebenfalls die Möglichkeit von Differenzierungen bei der Datenauswertung ein. Ergebnisse, die auf besonders kleinen Fallzahlen beruhen, sind generell in den Tabellen kursiv ausgewiesen.

Tabelle

Fallzahlen¹ der in die Untersuchung einbezogenen Personen

ALLBUS 2016		SOEP 2015	
Wahlpräferenz	Fallzahlen	Parteibindung	Fallzahlen
CDU/CSU	737	CDU/CSU	3965
SPD	559	SPD	2795
Grüne	403	Grüne	1407
AFD	283	AFD	268
Linkspartei	257	Linkspartei	773
FDP	208	FDP	258
Andere Partei	89	Andere Partei	248
Unentschlossene	334	Mehrere Parteien, eher links ²	64
Nichtwählende	251	Keine Parteibindung	12812

¹ Ungewichtet.

² Kombinationen wie SPD und Grüne, Grüne und Linkspartei.

Quelle: SOEP (2015); ALLBUS (2016); Berechnungen des DIW Berlin.

¹ Für einen Überblick über die ALLBUS-Erhebung von 2016 vgl.: ALLBUS 2016 (Studien-Nr. 5250) (online verfügbar)

² Zum Sozio-ökonomischen Panel vgl.: Gert G. Wagner et al. (2008): Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, Nr. 2/2008.

³ Zum Konzept der Identifikation mit einer Partei siehe zuletzt Martin Kroh (2017): Parteiidentifikation: Konzeptionelle Debatten und empirische Befunde, veröffentlicht in Thorsten Faas, Oscar W. Gabriel und Jürgen Maier (Hrsg.): Handbuch der politikwissenschaftlichen Einstellungs- und Verhaltensforschung, Nomos Verlag.

nieren bei weitem. Von den Erwerbstätigen gehen außergewöhnlich viele einer Vollzeitätigkeit nach. Es gibt überdurchschnittlich viele Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Beschäftigte, die einfache Tätigkeiten ausüben. Auffallend ist auch, dass es innerhalb der AfD-Wählerschaft relativ viele Gewerkschaftsmitglieder gibt. Der öffentliche Dienst ist kaum vertreten. Relativ hoch sind

dagegen die Anteile der Selbständigen und der Arbeitslosen.

Die Wählerschaft der Linkspartei ist noch stärker auf den Osten, aber generell auf größere Städte konzentriert. Auch hier sind häufiger Männer als Frauen zu antreffen, wenngleich weit weniger ausgeprägt als bei der

Tabelle 1

Soziostrukturelle Merkmale der Wahlberechtigten nach Parteipräferenz 2016

Anteile in Prozent

	CDU/CSU	SPD	Grüne	AfD	Linke	FDP	Andere Partei	Unent- schlossene	Nichtwähler	Insgesamt ¹
Geschlecht										
Männer	49	49	40	69	56	60	60	44	53	50
Frauen	51	52	60	31	44	40	41	56	47	50
Altersgruppen										
Bis 29 Jahre	12	15	18	11	18	9	28	14	19	15
30 bis 54 Jahre	41	37	47	46	39	40	47	41	41	42
55 Jahre und älter	47	49	35	43	43	51	25	46	40	44
Region										
Westdeutschland	85	85	89	71	59	90	77	79	74	81
Ostdeutschland	15	15	11	29	41	10	23	21	27	19
Gemeindegröße										
Bis 4 999 Einwohner	22	15	13	27	11	17	24	24	21	19
5 000 bis 19 999 Einwohner	30	27	24	28	21	34	27	23	27	27
20 000 bis 49 999 Einwohner	20	19	19	20	19	18	18	21	21	20
50 000 bis 99 999 Einwohner	8	9	10	9	9	8	5	7	10	9
100 000 bis 499 999 Einwohner	11	15	17	9	15	8	16	11	9	12
500 000 Einwohner und mehr	10	15	17	8	25	15	11	15	13	14
Berufsausbildung										
Keine	7	8	6	8	6	5	7	9	16	8
Keine, aber noch in Ausbildung	4	4	6	2	6	2	11	4	4	4
Lehre, Fachschule, Meister	63	68	51	73	58	61	67	70	69	64
Fachhoch-, Hochschule	27	21	37	18	31	32	16	17	12	24
Erwerbstatus										
Hauptsächlich erwerbstätig	54	53	62	56	52	54	76	50	59	56
Davon:										
in Vollzeit	44	42	43	50	42	43	67	38	47	44
in Teilzeit	10	11	19	7	10	12	10	12	13	12
Schüler, Studenten ²	6	4	9	2	8	3	6	5	3	5
Rentner, Pensionäre ²	33	36	18	27	29	36	6	34	22	29
Arbeitslose ²	2	1	2	7	5	1	5	1	7	3
Hausfrau/Hausmann ²	4	5	5	4	2	3	5	7	6	5
Sonstige Nichterwerbstätige ^{2,3}	2	1	4	4	4	2	2	2	3	3
Stellung im Beruf⁴										
Arbeiter	16	17	9	34	22	11	25	20	39	19
Angestellte	63	68	72	46	66	70	52	67	47	64
Beamte	9	8	10	6	6	4	11	3	3	7
Selbständige	12	7	9	14	7	15	13	10	11	10
Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an allen abhängig Beschäftigten	30	33	40	21	18	20	22	28	12	28
Anteil der Beschäftigten mit einfachen Tätigkeiten an allen abhängig Beschäftigten ⁴	18	24	10	36	23	13	27	26	43	22
Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an allen abhängig Beschäftigten	17	19	18	24	27	16	20	16	15	19
Durchschnittsalter (Jahre)	52,8	52,8	48,1	51,4	50,1	54,3	41,5	51,9	48,2	51,2

1 Einschließlich Personen ohne Angaben zum Wahlverhalten.

2 Einschließlich Personen mit einer Nebentätigkeit.

3 Einschließlich Wehrdienstleistende etc.

4 Ohne Auszubildende.

Quelle: ALLBUS 2016 V2.0.0; Berechnungen des DIW Berlin.

Tabelle 2

Erwerbsstatus, berufliche Stellung und Alter der Personen mit bestimmter Parteipräferenz 2000 und 2016

Anteile in Prozent

	CDU/CSU		SPD		Grüne		Linke bzw. PDS		FDP		Alle Wahlberechtigten	
	2000	2016	2000	2016	2000	2016	2000	2016	2000	2016	2000	2016
Erwerbsstatus (Struktur in Prozent)												
Hauptsächlich erwerbstätig	49	54	52	53	69	62	49	52	56	54	52	56
davon:												
in Vollzeit	42	44	46	42	58	43	45	42	49	43	45	44
in Teilzeit	7	10	6	11	12	19	5	10	7	12	7	12
Schüler, Studenten ²	3	6	4	4	10	9	6	8	4	3	4	5
Rentner, Pensionäre ²	34	33	26	36	4	18	24	29	25	36	26	29
Arbeitslose ²	3	2	6	1	4	2	16	5	3	1	5	3
Hausfrau, -mann ²	9	4	8	5	7	5	2	2	6	3	10	5
Sonstige Nichterwerbstätige ^{2,3}	3	2	4	1	5	4	3	4	6	2	4	2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Stellung im Beruf (Struktur in Prozent)¹												
Arbeiter	35	16	44	17	19	9	35	22	12	11	37	19
Angestellte	45	63	48	68	66	72	57	66	67	70	50	64
Beamte	8	9	5	8	6	10	2	6	5	4	5	7
Selbständige	12	12	3	7	9	9	6	7	16	15	7	10
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Durchschnittsalter (Jahre)	51,7	52,8	48,0	52,8	40,0	48,1	48,0	50,1	48,6	54,3	48,2	51,2

1 Ohne Auszubildende.

Quelle: ALLBUS 2000, ALLBUS 2016 V2.0.0; Berechnungen des DIW Berlin.

AfD. Das Alter liegt etwas unter dem Durchschnitt, bei einem recht hohen Anteil an Personen unter 30 Jahren. Relativ viele haben einen akademischen Abschluss oder sind noch in einer Ausbildung. Unter den Erwerbstätigen liegt der Angestellten- und Arbeiteranteil leicht über dem Durchschnitt. Bei keiner anderen Partei gibt es einen solch großen Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern.

Die Wählerschaft der FDP war 2016 mit Abstand die älteste. Auch unter ihnen sind Männer sowie Akademiker und Akademikerinnen überrepräsentiert. Ähnlich wie die Grünen ist auch die FDP vornehmlich eine Westpartei – aber ihre Wählerschaft lebt häufiger in kleineren Gemeinden. Das Bildungsniveau ist überdurchschnittlich. Es gibt ähnlich viele Selbständige wie bei der AfD. Im Unterschied zur AfD ist der Anteil an Angestellten hoch. Einfache Jobs werden ähnlich selten wie bei den Grünen ausgeübt. Aber bei der FDP sind nur relativ wenige im öffentlichen Dienst tätig.

Bei den „übrigen Parteien“ (etwa der Piratenpartei) fällt auf, dass sie vor allem junge Menschen anziehen, viele von ihnen sind noch in Ausbildung. Diejenigen, die hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung 2016 unentschlossen waren, weichen in ihrer sozialen Zusammensetzung kaum vom Durchschnitt der Wahlberechtigten ab. Auf-

fallend ist aber der relativ hohe Anteil an Frauen sowie an Personen im Ruhestand. Ziemlich aus dem Rahmen fallen dagegen jene, die überhaupt nicht wählen gehen wollten. Sie sind vergleichsweise jung, leben häufiger in Ostdeutschland, sind kaum im öffentlichen Dienst vertreten, haben oft keine Berufsausbildung und nur einfache Jobs oder sind arbeitslos.

Die Wählerschaft der SPD hat sich am stärksten verändert

Die soziale Struktur der Wahlberechtigten hat sich im Zeitverlauf stark verändert und somit auch die Wahlabsichten (Tabelle 2). Zu nennen sind insbesondere die Alterung der Gesellschaft und Veränderungen in der Arbeitswelt, die sinkende Arbeiter- und steigende Angestellten- sowie Selbständigenanteile nach sich gezogen haben. Dazu kommen veränderte programmatische Akzentuierungen der Parteien sowie veränderte Einstellungen der Wahlberechtigten.

In der Zeit zwischen 2000 und 2016 ist das Durchschnittsalter der Wahlberechtigten um drei auf 51,2 Jahre gestiegen, bei der Wählerschaft der Linkspartei/PDS um 2,1 Jahre und bei der Wählerschaft der Union, die im Jahr 2000 schon überdurchschnittlich alt war, um

Tabelle 3

Wahlberechtigte nach Parteipräferenz und ihrem monatlichen Haushaltseinkommen 2016
In Euro

	Nettoeinkommen		Nettoeinkommen – gedarfsgewichtet				Verhältnis: oberes zu unteres Viertel
	Insgesamt		Mittelwert	Unteres Viertel ¹	Median	Oberes Viertel ²	
	Mittelwert	Median					
CDU/CSU	3388	3000	2035	1300	1800	2500	1,92
SPD	3010	2700	1872	1267	1667	2333	1,84
Grüne	3379	3000	2006	1333	1800	2500	1,88
AfD	2933	2600	1809	1100	1533	2245	2,04
Die Linke	2542	2391	1635	1200	1598	2000	1,67
FDP	3901	3400	2349	1500	2125	3000	2,00
Unentschlossene	2611	2500	1656	1081	1504	2119	1,96
Nichtwählende	2462	2050	1514	943	1333	1786	1,89
Insgesamt ³	3096	2750	1886	1200	1667	2333	1,94

1 Obergrenze.

2 Untergrenze.

3 Einschließlich Wähler anderer Parteien und Personen ohne Angaben zum Wahlverhalten.

Quelle: ALLBUS 2016 V2.0.0; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

1,1 Jahre (Tabelle 2). Anders dagegen die Entwicklung bei der Wählerschaft von FDP und SPD, die im Schnitt um 5,7 beziehungsweise 4,8 Jahre älter geworden ist. Am auffälligsten war die Entwicklung bei der Wählerschaft der Grünen, deren Durchschnittsalter um gut acht auf 48,1 Jahre gestiegen ist.¹¹

Entsprechend hat der Anteil der Personen im Ruhestand zugenommen, und zwar besonders stark bei der Wählerschaft von SPD und FDP, aber auch – ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau – bei der der Grünen. Bei der Union war das indes nicht der Fall, hier wurde die – ohnehin nicht sehr starke – Alterung offenbar durch die gestiegene Erwerbsbeteiligung aufgefangen. Ein verändertes Erwerbsverhalten zeigt sich auch an dem deutlich gesunkenen Anteil der Hausfrauen und -männer, und zwar bei nahezu allen Parteien mit Ausnahme der Linkspartei, bei denen er schon im Jahr 2000 sehr gering gewesen war.

Quer durch alle Parteien hat sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten erhöht; besonders stark bei der Wählerschaft der Grünen. Die Arbeiterschaft hat deutlich an Bedeutung verloren – besonders stark bei der SPD, während ihr Anteil bei der Linken im Jahr 2000 noch unterdurchschnittlich war, im Jahr 2016 dann überdurchschnittlich.¹² Alle anderen Gruppen an Erwerbstätigen sind gewichtiger geworden, insbesondere die Angestellten. Auch die Beamten haben fast überall außer bei der FDP an Relevanz gewonnen. Auffallend ist, dass sich der Anstieg der Selbständigkeit zwar bei der SPD, nicht aber bei der FDP bemerkbar gemacht hat.

Insgesamt hat sich bei der SPD die soziale Struktur der Wählerschaft am stärksten verändert: Einem kräftigen Zuwachs bei Rentnern und Angestellten steht ein überdurchschnittlicher Rückgang bei den Arbeitern gegenüber. Die Wählerschaft der Grünen ist besonders stark gealtert.

Nichtwählende haben die geringsten Einkommen

Die monatlichen Haushaltsnettoeinkommen variieren erheblich nach der Parteipräferenz. An der Spitze der Skala steht die Wählerschaft der FDP (Tabelle 3). Überdurchschnittliche Einkommen haben auch jene von Union und den Grünen. Die Wählerschaft der SPD

¹¹ Vgl. dazu auch Wilhelm Bürklin, Russell J. Dalton (1994): Das Ergrauen der Grünen. Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Opladen, 264–302; Markus Klein und Kai Arzheimer (1997): Grau in Grau. Die Grünen und ihre Wähler nach eineinhalb Jahrzehnten. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 49, 650–673; Ulrich Kohler (1998): Zur Attraktivität der Grünen bei älteren Wählern. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50, 536–559; Markus Klein (1990): Die Entwicklung der grünen Wählerschaft im Laufe dreier Jahrzehnte – eine empirische APK Analyse. In: Hanna Kaspar et al. (Hrsg.): Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag. Wiesbaden; Martin Spiess und Martin Kroh (2010): A selection model for panel data: the prospects of green party support. Political Analysis, 18, 172–188.

¹² Darüber hinaus weisen Kroh und Fetz (2016) darauf hin, dass der Anteil der Arbeiter und Arbeitslosen (und Nicht-Erwerbstätigen) mit Bindung zur AfD zwischen 2014 und 2016 stark angestiegen ist.

Tabelle 4

Wahlberechtigte nach Parteipräferenz und ihrem bedarfsgewichteten monatlichen Haushaltseinkommen 2000
In Euro

	Mittelwert		Median		Veränderung 2000 bis 2016 in Preisen von 2016 in Prozent	
	nominal	in Preisen von 2016	nominal	in Preisen von 2016	Mittelwert	Median
	Euro	Euro	Euro	Euro		
CDU/CSU	1363	1708	1193	1495	19,1	20,4
SPD	1275	1597	1168	1464	17,2	13,9
Grüne	1538	1928	1363	1709	4,0	5,3
Die Linke	1117	1400	1023	1282	16,8	24,7
FDP	1683	2110	1266	1586	11,3	34,0
Unentschlossene	1219	1528	1039	1303	8,4	15,5
Nichtwähler	1069	1340	1023	1282	13,0	4,0
Insgesamt ¹	1294	1621	1125	1410	16,3	18,3

¹ Einschließlich Wähler anderer Parteien und Personen ohne Angaben zum Wahlverhalten.

Quelle: ALLBUS 2000, ALLBUS 2016 V2.0.0; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

kommt auf leicht unterdurchschnittliche Einkommen; etwas geringer sind sie bei der AfD. Dahinter rangieren die Unentschlossenen und die Linkspartei. Das Schlusslicht bilden die Nichtwählenden.

Das Durchschnittseinkommen (Mittelwert) liegt durchweg über dem mittleren Einkommen – also dem Einkommen, das alle Einkommen in zwei Hälften teilt. Darin spiegelt sich wider, dass in jeder Gruppe, die der jeweiligen Partei ihre Stimme geben würde, das Durchschnittseinkommen erheblich von den Beziehern höherer Einkommen beeinflusst wird; eine breitere Masse liegt unter dem Durchschnitt.

Ein weiterer wichtiger Zusammenhang wird erkennbar, wenn die Einkommen nach dem Bedarf gewichtet, also in Beziehung zur Größe und Struktur der Haushalte gesetzt werden.¹³ Beim bedarfsgewichteten Einkommen fällt die Wählerschaft der AfD relativ stark zurück – sogar hinter die der Linkspartei. Im Vergleich gibt es in AfD-Haushalten also entweder weniger Haushaltsmitglieder, die ein Einkommen beziehen, oder es sind größere Haushalte zu versorgen.

Die Einkommensstreuung wird noch deutlicher, wenn man die Wählerschaft der Parteien jeweils in vier gleich

große Gruppen teilt.¹⁴ Über alle Parteien hinweg kommt dann das obere Viertel auf der Skala der bedarfsgewichteten Einkommen auf mindestens knapp das Doppelte als das Viertel am unteren Ende. Und das obere Viertel schneidet finanziell recht gut ab. Das ist bei allen Parteien ähnlich; die Wählerschaften sind mit Blick auf die Einkommen also durchweg recht gemischt zusammengesetzt. Am geringsten ist in dieser Hinsicht die Streuung bei der Linkspartei, am größten ist sie bei der AfD-Wählerschaft. Das legt die Hypothese nahe, dass es keinen simplen Determinismus zwischen Einkommen und Parteipräferenz gibt, auch wenn sich die Durchschnitts- und Medianeinkommen zwischen den einzelnen Parteien deutlich unterscheiden.

Ein längerfristiger Vergleich – gewählt wurde als Basisjahr 2000 – ergibt, dass die Nichtwählergruppe bei den bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen kaum Zuwächse verzeichnen konnte, insbesondere nicht bei den Medianeinkommen (Tabelle 4). Dasselbe gilt für die Grünen, allerdings von einem höheren Niveau ausgehend; sie sind inzwischen nicht mehr ganz so ausgeprägt wie früher eine Partei der Besserverdienenden. Bei den Einkommen in der Breite (also dem Medianwert) konnten besonders stark die FDP und die Linkspartei zulegen, gefolgt von der Wählerschaft von Union und SPD. Bei der Wählerschaft der SPD fällt auf, dass

¹³ Verwendet wurde die Bedarfsgewichtung gemäß OECD. Der ersten Person im Haushalt wird das Gewicht 1 zugeordnet, jeder weiteren erwachsenen oder heranwachsenden Person das Gewicht 0,5 und Kindern das Gewicht 0,3. Das Haushaltseinkommen wird durch die Summe der Gewichte dividiert.

¹⁴ Dabei wird der Medianwert je für die obere und für die untere Hälfte der Einkommensskala berechnet.

Tabelle 5

Hauptsächlich Erwerbstätige nach ihrer Parteipräferenz sowie nach ihrer Arbeitszeit und ihrem Einkommen 2016

	Übliche Wocharbeitszeit Vollzeitbeschäftigung		Übliche Wocharbeitszeit Teilzeitbeschäftigung		Persönliche Nettoeinkommen je geleisteter Arbeitsstunde	
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
CDU/CSU	44,2	40,0	25,2	24,8	13,29	12,08
SPD	42,6	40,0	24,4	25,0	11,75	10,64
Grüne	41,8	40,0	23,0	23,0	13,04	12,21
AfD	43,6	40,0	-	-	12,50	9,45
Die Linke	42,4	40,0	-	-	11,06	10,38
FDP	46,0	44,4	23,8	20,0	15,78	13,29
Unentschlossene	42,3	40,0	25,9	28,5	12,18	9,96
Nichtwählende	43,1	40,0	-	-	13,23	10,17
Insgesamt ¹	43,2	40,0	24,3	24,0	12,67	11,05

¹ Einschließlich Wähler anderer Parteien und Personen ohne Angaben zum Wahlverhalten.

Quelle: ALLBUS 2016 V2.0.0; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Tabelle 6

Stundeneinkommen aller Erwerbstätigen nach Parteibindung 2015

	Bruttostunden- einkommen		Nettostunden- einkommen	
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
CDU/CSU	21,96	18,02	13,83	11,63
SPD	18,98	17,32	12,79	11,63
Grüne	20,53	18,60	13,30	11,69
AfD	14,56	12,92	10,10	8,27
Die Linke	16,31	14,62	11,08	9,88
FDP	26,83	21,93	17,10	14,42
Sonstige Parteien	17,16	13,95	11,38	10,21
Mehrere, eher links	28,85	14,53	19,21	10,47
Ohne Parteibindung	15,28	13,66	10,35	9,30
Insgesamt ¹	17,45	15,11	11,58	10,17

¹ Einschließlich Wähler anderer Parteien und Personen ohne Angaben zum Wahlverhalten.

Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel (v32.1); Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

sich die Einkommen im Zeitverlauf eher auseinander entwickelt haben.¹⁵

Werden nur die Erwerbseinkommen in den Blick genommen, ist es nötig, auch die Arbeitszeiten zu berücksich-

tigen, da der Anteil der Teilzeitbeschäftigten je nach Parteipräferenz stark variiert. Die Wählerschaften von FDP, Union und AfD arbeiten im Mittel relativ lange, diejenigen von SPD, Grünen und Linkspartei kommen auf weniger Wochenstunden (Tabelle 5). Werden die persönlichen Einkommen auf die üblicherweise geleistete Arbeitszeit bezogen, kamen die Personen mit einer Wahlpräferenz für FDP und Grüne 2016 auf die höchsten Stundeneinkommen, die Wählerschaft der AfD auf geringe. Das gilt insbesondere, wenn man den Medianwert der Einkommen pro Arbeitsstunde betrachtet. Ein großer Teil der AfD-Anhängerschaft verdient mithin wenig. Sie schneiden zu einem großen Teil sogar schlechter ab als die Nichtwählergruppe.

Es wäre möglich, dass bei den auf diese Weise ermittelten Stundeneinkünften das Bild dadurch verzerrt wird, dass die persönlichen Einkommen zum Teil auch nicht aus einer Erwerbstätigkeit stammen. Eine exakte Abgrenzung erlauben die Daten des SOEP von 2015, in denen aber die Anhängerschaft erfasst wird. Die entsprechende Auswertung bestätigt die oben genannten Befunde weitgehend. Relativ gut schneidet die Anhängerschaft von FDP und den Grünen ab, am unteren Ende der Skala rangieren jene der Linken und der AfD (Tabelle 6). Ein Teil der AfD-Anhängerschaft kommt auf ein nur spärliches Stundeneinkommen; beim Monatseinkommen liegen sie indes aufgrund vergleichsweise langer Arbeitszeiten nicht so weit zurück. Auffallend ist das Ergebnis für die SPD: Die Personen mit einer starken Affinität zur Partei kommen auf überdurchschnittliche Stundenein-

¹⁵ Da der Mittelwert der Einkommen stärker stieg als der Median.

kommen – die SPD-Wählerschaft in ihrer Gesamtheit aber nicht.

Persönlich fühlen sich die meisten materiell gerecht behandelt, empfinden aber die Gesellschaft tendenziell als ungerecht

Aus ökonomischer Sicht liegt es nahe, die Wahlabsicht mit der individuellen wirtschaftlichen Lage zu erklären. Überwiegend unzufrieden mit der eigenen wirtschaftlichen Situation war 2016 keine Wählergruppe irgendeiner Partei – es kann daher nur zwischen mehr oder weniger zufrieden unterschieden werden (Abbildung 1). Besonders zufrieden war die Wählerschaft der FDP, gefolgt von jener der Union, der Grünen und der SPD. Deutlich geringer war die Zufriedenheit bei den Unentschlossenen sowie bei denen, die die Linke präferierten. Weiter unter dem Durchschnitt lag die Zufriedenheit bei der Wählerschaft der AfD¹⁶, ebenso wie unter den Nichtwählern. Diese Reihenfolge entspricht ziemlich genau der bei den bedarfsgewichteten Nettoeinkommen.

Mit der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage hängt – statistisch signifikant – zusammen, ob die Befragten glauben, einen gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten oder nicht: Diejenigen, die ihre wirtschaftliche Lage als günstig einschätzen, meinen besonders häufig, hinsichtlich ihres Lebensstandards gerecht behandelt zu werden. Entsprechend variieren sie: Überdurchschnittlich häufig gerecht behandelt fühlt man sich bei Union, FDP und den Grünen. Das trifft auch auf die Wählerschaft der SPD zu, viel weniger jedoch auf die der Linken sowie für die Nichtwählende (Abbildung 2). Bei der AfD war sogar eine Mehrheit der Auffassung, in materieller Hinsicht ungerecht behandelt zu werden. Insgesamt fühlen sich zwei Drittel der Wahlberechtigten materiell gerecht behandelt, besonders wenige aber innerhalb der AfD-Wählerschaft und unter den Nichtwählenden.

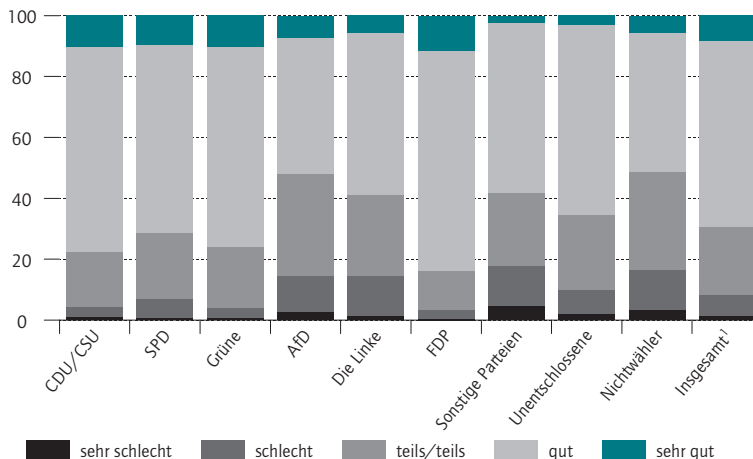
Es bestehen durchaus Unterschiede zwischen der Beurteilung der eigenen ökonomischen Lage und der Wahrnehmung der sozialen Verhältnisse in Deutschland. Denn auf Basis der SOEP-Daten kam auf einer Bewertungsskala von 0 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) bei den Befragten mit einer Parteibindung hinsichtlich der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit nur ein Mittelwert von 4,95 zustande – die genaue Mitte wäre 5,0 (Tabelle 7). Werden auch die Personen ohne Parteibindung einbezogen, ergibt sich ein Wert von 4,81. Es ist also in erheblichem Maße die Auffassung verbreitet, dass es an sozialer Gerechtigkeit im Land mangle – obwohl sich die meisten Wahlberechtigten durchaus gerecht behandelt fühlen.

¹⁶ Siehe auch Kroh et al. (2016), a. a. O.

Abbildung 1

Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage nach Parteipräferenz 2016

In Prozent



¹ Einschließlich Personen ohne Angaben zum Wahlverhalten.

Quelle: ALLBUS 2016 V2.0.0; Berechnungen des DIW Berlin.

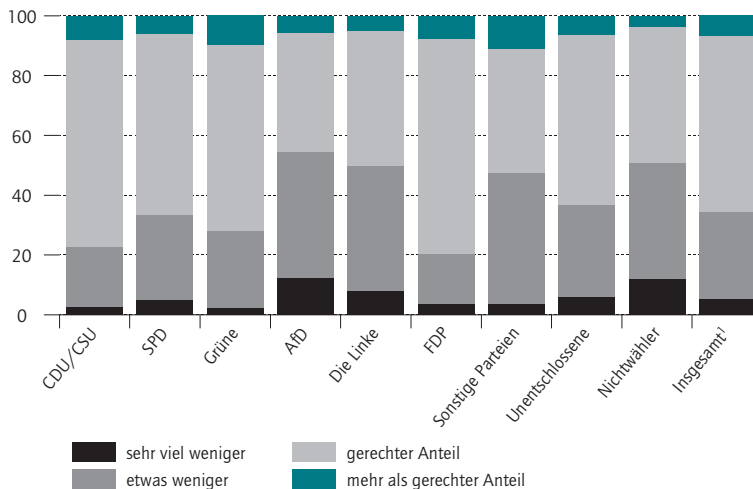
© DIW Berlin 2017

Im Jahr 2016 empfand in allen Wählergruppen die Mehrheit ihre eigene wirtschaftliche Situation als „gut“ oder „sehr gut“.

Abbildung 2

Urteil der Wahlberechtigten darüber, ob sie einen gerechten Anteil am Lebensstandard erhalten, nach Parteipräferenz 2016

In Prozent



¹ Einschließlich Personen ohne Angaben zum Wahlverhalten.

Quelle: ALLBUS 2016 V2.0.0; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Insgesamt fühlen sich zwei Drittel der Wahlberechtigten materiell gerecht behandelt, besonders wenige aber bei der AfD.

Tabelle 7

Bewertung des eigenen Einkommens und der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit nach Parteibindung 2015

Mittelwerte auf einer Skala von 0 bis 10¹

	Haushalts-einkommen	Persönliches Einkommen	Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in Deutschland
CDU/CSU	7,31	6,90	5,42
SPD	7,06	6,74	4,84
Grüne	7,34	6,88	4,91
AfD	6,17	5,96	3,32
Die Linke	6,26	5,86	3,83
FDP	7,46	7,25	5,37
Sonstige Partei	5,80	5,49	3,52
Mehrere, eher links	6,16	6,29	3,93
Ohne Parteibindung	6,54	6,06	4,69
Insgesamt ²	6,80	6,36	4,81

¹ Werte auf der Skala von 0 (= sehr unzufrieden) bis 10 (= sehr zufrieden).
² Einschließlich Personen mit nicht zu ordnenden Angaben zur Parteienbindung.

Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel (v32.1); Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Sorgen über die wirtschaftliche Lage und um den eigenen Arbeitsplatz sind gering

Neben dem Einkommen können auch gesamtgesellschaftliche Themen den Ausschlag zur Präferenz für eine Partei geben. Was die Wahlberechtigten besonders bewegt, lässt sich daran ablesen, worüber sie sich Sorgen machen. Zur Untersuchung dieser Frage wurden ebenfalls Daten des SOEP für das Jahr 2015 verwendet (Tabelle 8).

Generell wenig verbreitet sind größere Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung, den Arbeitsplatz und die Gesundheit. Am stärksten ausgeprägt sind Sorgen um den Erhalt des Friedens. Ebenfalls verbreitet ist die Furcht vor zunehmender Kriminalität sowie vor Zuwanderung zum einen und vor Ausländerfeindlichkeit zum anderen.¹⁷

Hier gibt es erhebliche Unterschiede je nach Parteibindung. Die Anhängerschaft der Grünen sorgt sich erwartungsgemäß stark um die Umwelt und das Klima sowie

¹⁷ Jannes Jacobsen, Philipp Eisnecker und Jürgen Schupp (2017): Rund ein Drittel der Menschen in Deutschland spendete 2016 für Geflüchtete, zehn Prozent halfen vor Ort – immer mehr äußern aber auch Sorgen. DIW Wochenbericht Nr. 17 (online verfügbar).

um den Frieden und um Ausländerfeindlichkeit. Um den Frieden und um Ausländerfeindlichkeit sorgen sich auch jene Personen, die der SPD oder der Linken nahestehen; viel weniger Sorgen macht sich darüber die FDP-Anhängerschaft. Die der AfD nahestehenden Personen sorgen sich überwiegend um Zuwanderung und Kriminalität und kaum um Ausländerfeindlichkeit. Allerdings gibt es auch unter denjenigen, die zur Union oder Linkspartei neigen, nicht wenige, die Zuwanderung (sowie bei der Union die Entwicklung der Kriminalität) als Problem empfinden. Insgesamt ist die Anhängerschaft der AfD auffallend häufiger besorgt als die Klientel der meisten anderen Parteien.¹⁸ Nicht ganz so ausgeprägt ist das bei der Linken. Als Gegenstück fällt die Anhängerschaft der FDP auf: Im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung haben sie bei allen Themen die relativ geringsten Sorgen, mit einer Ausnahme: der um ihren eigenen Arbeitsplatz.

Fazit

Die Untersuchung hat gezeigt, dass sich die Wähler- oder Anhängerschaften der einzelnen Parteien in vielerlei Hinsicht voneinander unterscheiden, aber vor allem auch, dass sich die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse (etwa die Alterung der Gesellschaft oder der Wandel der Arbeitswelt) auf die Struktur der Wählerschaft unterschiedlich ausgewirkt haben. Die SPD-Wählerschaft war von diesen Änderungen am stärksten betroffen, die sich von einer „Arbeiterpartei“ hin zu einer „Rentner- und Angestelltenpartei“ entwickelt hat. Inzwischen passen sich die Wählerprofile von SPD und den Unionsparteien immer mehr aneinander an.¹⁹ Der markanteste Unterschied zwischen den beiden Volksparteien liegt darin, dass sie entweder mehr Wähler in kleinen Gemeinden (Union) oder großen Städten (SPD) haben; zu einem geringeren Grad unterscheiden sie sich noch in der Alters- und Ausbildungsstruktur ihrer Wählerschaft sowie in den geäußerten Sorgen. Andere Parteien haben sich mittlerweile als „Arbeiterparteien“ profiliert, nicht nur die Linke, sondern auch die AfD, bei der der Anteil der Arbeiter und Arbeiterinnen sowie der Beschäftigten mit einfachen Tätigkeiten an allen abhängig Beschäftigten am höchsten ist.

Die Präferenz für eine Partei variiert auch mit der Höhe der Einkommen. Einkommen erheblich über dem Median weist die Wählerschaft der FDP auf. Die Wählerschaft der Grünen und der beiden Volksparteien liegt in der Nähe des Medianeinkommens: die Wählerschaft der Grünen und der Unionsparteien darüber, die der

¹⁸ Siehe dazu auch Marco Giesselmann et al. (2017): Fluchtzuwanderung ganz oben auf der Liste der dringenden politischen Prioritäten. Wirtschaftsdienst 3, 192-200.

¹⁹ Siehe dazu auch frühere Untersuchungen von Schnell und Kohler (1995).

Tabelle 8

Personen nach ihrer Parteibindung und ihren Sorgen hinsichtlich ausgewählter Themen 2015

In Prozent

	CDU/CSU	SPD	Grüne	AfD	Linke	FDP	Andere Partei	Mehrere, eher links	Ohne Parteibindung	Insgesamt ¹
	Große Sorgen haben ... Prozent									
Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	14	13	9	24	20	14	23	16	16	15
Eigene wirtschaftliche Entwicklung	9	10	7	20	19	13	19	20	17	14
Eigene Altersversorgung	16	17	18	40	33	19	41	17	27	24
Eigene Gesundheit	19	18	8	16	22	14	22	22	20	19
Schutz der Umwelt	22	31	48	23	41	10	29	40	24	26
Folgen des Klimawandels	23	34	45	24	37	11	26	37	24	27
Erhaltung des Friedens	50	53	52	55	62	27	39	60	45	48
Entwicklung der Kriminalität	43	36	13	71	36	24	44	28	39	38
Zusammenhalt der Gesellschaft	23	28	27	48	43	20	32	40	27	27
Zuwanderung nach Deutschland	34	26	8	82	31	24	47	19	35	33
Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass	32	41	47	20	48	29	27	55	32	35
Eigener Arbeitsplatz ²	5	5	5	9	8	14	15	23	8	7
	Keine Sorgen haben ... Prozent									
Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	25	26	33	21	23	29	30	20	25	26
Eigene wirtschaftliche Entwicklung	50	47	52	36	31	55	28	49	34	40
Eigene Altersversorgung	45	45	38	33	28	47	25	29	31	36
Eigene Gesundheit	26	27	38	27	22	36	41	37	29	29
Schutz der Umwelt	16	10	3	27	11	27	25	4	16	15
Folgen des Klimawandels	20	12	6	33	16	42	33	12	21	19
Erhaltung des Friedens	7	6	4	11	4	16	16	1	10	8
Entwicklung der Kriminalität	12	17	39	4	23	27	23	42	15	17
Zusammenhalt der Gesellschaft	14	10	12	11	6	25	20	19	16	15
Zuwanderung nach Deutschland	21	31	57	3	36	42	29	50	22	26
Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass	16	9	7	40	9	21	37	3	16	15
Eigener Arbeitsplatz ²	67	67	76	62	54	64	58	57	57	61

¹ Einschließlich Personen mit nicht zu ordnenden Angaben zu Parteienbindung.

² Nur Erwerbstätige.

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel (v32.1); Berechnungen des DIW Berlin.

SPD ziemlich genau auf dem Median. Am unteren Ende der Skala rangieren Linkspartei und AfD. Das Schlusslicht bilden die Nichtwähler. Wie daher nicht anders zu erwarten, sind die Wählerschaft der Linken und der AfD mit ihrer materiellen Situation weniger zufrieden als jene der anderen Parteien; überdies empfindet sich ein erheblicher Teil von ihnen mit Blick auf ihren Lebensstandard ungerecht behandelt – bei der AfD sogar eine knappe Mehrheit.

Allerdings hat sich auch gezeigt, dass es innerhalb der Wählerschaft jeder Partei eine erhebliche Streuung beim Einkommen gibt. So setzen sich etwa die Wählerschaften von FDP und Grünen bei Weitem nicht nur aus Besserverdienenden zusammen – ebenso, wie jene von Linkspartei oder AfD längst nicht nur aus Personen mit geringem Einkommen bestehen. Entsprechend lassen sich – bei allen Unterschieden – die Wahlberechtigten

im Hinblick auf ihre Einkünfte nicht trennscharf genau einer Partei zuordnen. Sie unterscheiden sich nur hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit, dass sie bei einem bestimmten Einkommen sich einer bestimmten Partei zugehörig fühlen.

In der öffentlichen Debatte wird das Wahlverhalten von Personen mit Neigung zur AfD oder zur Linken oftmals damit erklärt, dass diese von der Gesellschaft „abgehängt“ seien. Mit Blick auf die Wählerschaft dieser beiden Parteien, die sich hinsichtlich der Einkommen heterogen zusammensetzen, kann die Hypothese nur zu einem gewissen Teil überzeugen. Die Mehrheit etwa der AfD-Wählerschaft hat ein unterdurchschnittliches Einkommen, aber eine substantielle Minderheit steht finanziell gut da. Eine wichtige Beobachtung zeigt sich bei den bedarfsgewichteten Nettoeinkommen, bei denen dann die AfD-Wählerschaft erheblich schlechter abschneidet.

Vielleicht noch wichtiger ist, dass sich vor allem jene Personen gänzlich vom Wählen abwenden, die sich ähnlich stark benachteiligt fühlen wie die AfD-Wählerschaft und die vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten kaum an Einkommenszuwächsen beteiligt waren.

Die vorliegende Untersuchung macht auch deutlich, dass die Wahlpräferenzen mit der Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage (im Sinne eines gerechten Anteils am Lebensstandard) sowie mit sehr unterschiedlichen Sorgen zusammenhängen. Während unbesorgte Menschen zur FDP tendieren, zieht es viele besorgte Menschen zu AfD und der Linken. Insbesondere bei gesamtgesellschaftlichen Themen dürfte die Erwartung der Anhängerschaft an ihre Partei am größten sein, dass diese die Probleme am ehesten wird lösen können.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass nicht wenige Personen den wahrgenommenen gesellschaftlichen Verhältnissen kritisch gegenüberstehen. Nur begrenzt spielt dabei die Wahrnehmung der eigenen materiellen Lage eine Rolle. Denn die vorliegende Untersuchung zeigt, dass in erheblichem Maße die Auffassung verbreitet ist, in Deutschland mangle es an sozialer Gerechtigkeit, während die große Mehrheit sich selbst materiell überhaupt nicht ungerecht behandelt fühlt.

Gleichwohl muss offen bleiben, in welchem Maße die kommende Bundestagswahl von der materiellen Situation beeinflusst wird. Es konnte hier belegt werden, dass schon vor zwei Jahren die Ängste um Arbeitsplatz und Einkommen weit hinter anderen Sorgen lagen. Daran hat sich angesichts der anhaltend guten Lage auf dem Arbeitsmarkt nichts geändert. Es könnten daher andere Themen bei der Wahl den Ausschlag geben – oder die verbreitete Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation.

Karl Brenke ist Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Alexander S. Kritikos ist Forschungsdirektor Entrepreneurship im Vorstandsbereich des DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam | akritikos@diw.de

JEL:D72, Z13

Keywords: German political parties, Party identification



Prof. Dr. Alexander S. Kritikos, Forschungsdirektor Entrepreneurship im Vorstandsbereich des DIW Berlin

INTERVIEW MIT ALEXANDER KRITIKOS

»Die Wählerstrukturen der beiden Volksparteien nähern sich einander an«

1. Herr Kritikos, stimmen die alten Klischees noch, zum Beispiel, dass die SPD vornehmlich von Arbeiterinnen und Arbeitern, die FDP von den Besserverdienenden oder Bündnis90/Die Grünen von jungen Alternativen gewählt wird? Ich denke, diese Klischees stimmen kaum. Die Veränderungen in der Zusammensetzung der Wählerschaft dieser Parteien sind, über die letzten 15 Jahre betrachtet, zum Teil erheblich. Bei den Grünen ist die Wählerschaft zusammen mit ihrer Partei älter geworden. Bei der SPD kann man nicht mehr sagen, dass sie eine Arbeiterpartei ist. Zwar ist der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeitern unter allen Arbeitskräften enorm zurückgegangen, aber wir sehen bei der SPD einen überproportionalen Rückgang bei dieser Berufsgruppe. Bei der FDP stimmt dieses eine Klischee noch am ehesten. Hier gibt es überproportional viele Menschen, die mehr als der Median, also die Mitte der Bevölkerung, verdient. Es gilt aber gleichzeitig, dass das Einkommen auch dieser Wählerschaft relativ breit gestreut ist.
2. Wie stark unterscheidet sich die Wählerstruktur der beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD? Sie nähern sich immer mehr an und unterscheiden sich letztlich nur noch in wenigen Merkmalen. Die SPD hat eine größere Wählerschaft in den Großstädten, die CDU hat mehr Wählerinnen und Wähler in den ländlichen Gebieten. Das ist wahrscheinlich der größte Unterschied. Auch bei den Sorgen der Wählerschaft und den Lösungen, die sie von den Parteien erwarten, kann man durchaus noch gewisse Unterschiede sehen. Zum Beispiel sorgen sich mehr CDU-Wähler um Kriminalität und um Migration. Hingegen sorgen sich SPD-Wähler mehr um den Klimawandel und die Umwelt.
3. Wie steht es denn um die Sorgenfreiheit bei den Wählerinnen und Wähler der anderen Parteien? Hier fallen zwei Parteien aus dem Rahmen. Das ist die Wählerschaft der AfD und der Linken. Beinahe zu allen abgefragten Themen findet man hier überdurchschnittlich viele besorgte Menschen.
4. Die AfD ist relativ neu auf der politischen Bühne. Ist das ein Grund für die Veränderungen in der Wählerschaft

der anderen Parteien? Wir können nicht wirklich etwas über Gründe sagen, aber was wir beobachten können, ist, dass die AfD tatsächlich eine Lücke schließt und offensichtlich bei Arbeiterinnen und Arbeitern einen guten Anklang findet. Deren Anteil in der AfD-Wählerschaft ist relativ hoch, höher als bei der SPD und auch höher als bei der Linken. Insofern lässt das die Vermutung zu, dass sie derzeit in der Lage ist, diese Klientel besser anzusprechen als die eher links orientierten Parteien.

5. Wie sieht es bei den Einkommen aus? Was wählen die sprichwörtlichen Besserverdienenden und was die Geringverdienenden? Die höchsten Durchschnittseinkommen hat die Wählerschaft der FDP, gefolgt von den Grünen und der CDU/CSU-Wähler, die beide noch über dem Durchschnitt liegen. Die SPD-Wählerschaft liegt bei den Einkommen etwas hinter der der CDU/CSU. Unterdurchschnittlich sind die Einkommen der Linken-Wählerschaft, und die Wählerschaft der AfD pendelt im Bereich zwischen der SPD und der Linken. Wenn man sich jedoch nicht nur die Einkommen der Befragten selbst anschaut, sondern auch die Einkommen der Haushalte, ist zu beobachten, dass die Wählerschaft der AfD nochmal zurückfällt. Ganz offensichtlich ernähren hier also weniger Menschen die Haushalte.
6. Wie unterscheiden sich die Parteipräferenzen in Ost- und Westdeutschland? Die Parteien der alten Bundesrepublik sind auch heute noch stärker im Westen. Die neuen Parteien finden eine größere Basis im Osten. Das heißt also, die Linke, aber auch die AfD sind im Osten überproportional vertreten im Verhältnis zum Westen.
7. Wie lässt sich die Gruppe der Nichtwähler charakterisieren? Die Nichtwählerinnen und Nichtwähler fallen insgesamt stark aus dem Rahmen. Bei den Einkünften liegen sie weit zurück hinter der Wählerschaft anderer Parteien und die Arbeiterschaft macht einen überproportional großen Anteil aus. Außerdem fällt auf, dass mehr junge Leute in dieser Gruppe vertreten sind. Ich denke, das ist eine Gruppe, mit der sich die Parteien zukünftig stärker auseinandersetzen sollten.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



Tomaso Duso ist Leiter, Hannes Ullrich Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Unternehmen und Märkte am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung der Autoren wieder.

EU-Kartellstrafe: Was bedeutet der Fall Google?

Nach sieben Jahren und viel Gemunkel ist es raus: Google muss knapp 2,4 Milliarden Euro Strafe wegen des Missbrauchs seiner marktbeherrschenden Stellung im Markt für Internet-Suchmaschinen bezahlen. Dies ist die bei weitem höchste Strafe in der Geschichte des EU-Kartellrechts. Sofort wurde die Entscheidung gefeiert und kritisiert zugleich.

Worum geht es? 2010 leitete die EU-Kommission ein Verfahren gegen Google ein, das sein Angebot Google Shopping an der Spitze seiner Suchergebnisse platzierte. Zentrales Argument war die Tatsache, dass Google seinen Algorithmus, der die Rangfolge von Suchergebnissen nach Relevanz festlegt, nicht für Google Shopping benutzte. Als Konsequenz sollen Wettbewerber und Verbraucher benachteiligt und geschädigt worden sein. Obwohl die Details noch nicht veröffentlicht sind, können die bereits bekannten Kernelemente der Entscheidung unter die Lupe genommen werden.

Erster Kritikpunkt ist die Definition der zwei relevanten Produktmärkte, dem Markt für allgemeine Internet-Suchmaschinen, in dem Google eine marktbeherrschende Stellung habe, und dem Markt für Preisvergleichsdienste, in dem Google seine aus dem ersten Markt gewonnene Marktmacht missbraucht habe. Große Plattformen wie Amazon, Ebay und Facebook scheinen innerhalb keiner der beiden Märkte als Wettbewerber aufzutreten.

Unklar ist, inwieweit die Zweiseitigkeit von Plattformmärkten berücksichtigt wurde. Zum einen ist daher zu vermuten, dass Nutzen oder Schaden auf der Seite der Händler und Werbenden nicht in die Entscheidung mit eingeflossen sind. Zum anderen wäre eben bei einer Berücksichtigung von Netzwerkeffekten – Konsumenten profitieren von mehr Händlern durch ein vielfältigeres Angebot, Händler von mehr Konsumenten – zu erwarten, dass sich nur wenige Shopping-Plattformen durchsetzen. Aber ist dies nur Google oder nicht auch Wettbewerber Ebay oder Amazon? Und

wie wird sich der Markt nach dieser Intervention weiterentwickeln? Die Dynamik ist komplex. Strategisches Verhalten in vergangenen Jahren kann zu nur schwer vorhersehbaren zukünftigen Marktergebnissen führen. Der US-amerikanische Ansatz ist bislang von Zurückhaltung geprägt. Die EU-Kommission scheint einen anderen Weg zu gehen. Somit könnte die Entscheidung zu einem Präzedenzfall werden, der die europäische Wettbewerbspolitik in zweiseitigen Plattformmärkten weit in die Zukunft beeinflussen kann.

In einem weiteren Punkt bleibt die Kommission vage. Die zitierte Evidenz bezieht sich fast ausschließlich auf die Tatsache, dass der Internetverkehr auf konkurrierenden Preisvergleichsseiten durch Googles Verhalten stark abgenommen hat. Aber inwieweit wurden Verbraucher (geschweige denn Händler und Werbende) tatsächlich geschädigt? Ein Argument ist, dass der Missbrauch zu einer Reduktion der Innovation seitens Googles und anderer Preisvergleichsplattformen geführt hat. Dies habe über die Jahre zu einer geringeren Auswahl an innovativen Diensten geführt. Die empirische Beweisführung dafür und die Schadensfeststellung werden mit Spannung zu erwarten sein.

Schlussendlich hat die Höhe der Strafe Aufsehen erregt. In Anbetracht der Komplexität des Falles, der bislang unklaren Schadenstheorie und der Tatsache, dass die bis jetzt höchste Strafe in Missbrauchsfällen – knapp eine Milliarde Euro gegen Intel – weit übertroffen wurde, stellt sich die Frage, ob die Kommission zu weit gegangen ist. Zum einen könnte die hohe Strafe eine taktische Vorbereitung für eine lange gerichtliche Schlacht sein. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Kommission auf Abschreckung setzt. Nach den Fällen Microsoft und Intel schickt sie ein weiteres Signal, dass sie hart gegen zweifelhaftes Verhalten von mächtigen Unternehmen in den immer wichtiger werdenden digitalen Märkten vorgehen wird. Ob das Kalkül aufgeht, hängt davon ab, wie die Verhandlungen vor dem Europäischen Gerichtshof ausgehen werden.